

Kernkraftwerk Mühleberg:

**Fragwürdige Absicht der Berner Regierung**

**Bern, 19. Oktober 2012. Der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern (HIV) nimmt mit Besorgnis von der Absicht der Berner Regierung Kenntnis, dem Stimmvolk die Volksinitiative «Mühleberg vom Netz» zusammen mit einem *Gegenvorschlag* zur Abstimmung vorzulegen. Mit dem Gegenvorschlag soll das Kernkraftwerk Mühleberg nicht per sofort, jedoch mit einer fixen Frist ausser Betrieb genommen werden.**

Die im Februar 2012 eingereichte Volkinitiative «Mühleberg vom Netz» verlangt, dass der Kanton Bern als Mehrheitsaktionär der Betreiberin BKW dafür sorgt, dass das Kernkraftwerk Mühleberg sofort ausser Betrieb genommen wird. Gemäss Mitteilung von heute Freitag will der Regierungsrat die Initiative zwar ablehnen, ihr stattdessen einen Gegenvorschlag gegenüberstellen.

Aus Sicht des HIV ist die Absicht des Regierungsrats aus verschiedenen Gründen fragwürdig. Auch der skizzierte Gegenvorschlag verletzt Bundesrecht, weil es die ausschliessliche Kompetenz des Bundes ist, Laufzeiten von Kernkraftwerken festzulegen. Ferner dürfte er wohl auch Verfassungsrecht verletzen, weil individuell-konkrete Anordnungen nicht Gegenstand von generell-abstrakten Bestimmungen sein können und dürfen. Wann das Kernkraftwerk Mühleberg abgeschaltet wird, sollen die fachkompetenten Sicherheitsbehörden des Bundes oder allenfalls die BKW AG selber, aber gewiss nicht eine kantonale politische Behörde mit ideologischen Befindlichkeiten entscheiden. So lange das Werk sicher betrieben werden kann und die Versorgungsunternehmung dies auch will, soll und muss es am Netz bleiben können.

Über die Sicherheit und ein allfälliges frühzeitiges Abschalten entscheidet das zuständige Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI). Ideologisch geprägte Hektik ist dabei nicht zielführend. Die Anreize für Sicherheitsinvestitionen werden mit fixierten Laufzeitbeschränkungen bloss geschmälert. Ein vorschnelles Abschalten würde allein schon durch die Wertverminderung der BKW AG im Kanton Bern Millionen Franken Volks- und Kantonsvermögen vernichten. Es ist bedenklich, dass der Kanton Bern, welcher mit Milliardenbeträgen seine Pensionskassen sanieren muss, nun erwägt, auch noch die Aktivseite seiner Bilanz zu schmälern. Der Kanton müsste sodann auf Steuern in Millionenhöhe verzichten und das Gewerbe würde einen zuverlässigen Auftraggeber verlieren. Rund 500 Stellen gingen direkt und indirekt verloren.

Weitere Auskünfte erteilt:

*Adrian Haas, Direktor HIV, Tel. 079 717 24 24*